



Ulla Burchardt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses
„Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“

Ulla Burchardt, MdB Deutscher Bundestag 11011 Berlin

Offener Brief an das

Sozialforum Dortmund
c/o Frau Wiebke Claussen
Unverhastr. 5
44147 Dortmund

Deutscher Bundestag
Unter den Linden 50
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73303
Fax: (030) 227 76303
Email: ulla.burchardt@bundestag.de
Homepage: www.ulla-burchardt.de

Neue Nummern im Wahlkreisbüro
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
Tel: (0231) 222 61 46
Fax: (0231) 222 61 48

Berlin, 02.07.04

Ihr offener Brief vom 29.06.2004

Sehr geehrte Frau Claussen,

ich bedanke mich für Ihren Brief, mit dem Sie auf eine Presseinformation von mir reagieren, die die WAZ in einem Artikel vom 16. Juni zusammengefasst hat und die ich Ihnen hiermit gerne im Original zur Verfügung stelle.

Sie werden ihr entnehmen, dass meine Aussagen sich ausschließlich auf die Wirkung von Hartz IV auf erwerbsfähige Sozialhilfebezieher bezieht und viele Details ausschließlich in Bezug auf diese Gruppe zusammengestellt sind. Alle Punkte entsprechen den Tatsachen, wie mir schon vor geraumer Zeit einzelne Betroffene bestätigt haben. Sollten Sie zu diesen Punkten anderer Auffassung sein, so teilen Sie mir dieses doch bitte konkret mit.

Die Behauptung, ich hätte Hartz IV als sozialen Fortschritt dargestellt, trifft nicht zu. Ich habe dieses weder behauptet, noch würde ich das Gesetz insgesamt so bewerten.

Zu Ihrer Forderung nach einer aktiven Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik mache ich darauf aufmerksam, derzeit rund 20 Milliarden Euro für aktive Beschäftigungspolitik aufgebracht werden. Die Kommunen erhalten 860 Mio. Euro aus einem Sonderprogramm für ältere Menschen und Menschen, die längere Zeit arbeitslos waren, davon fließen rund 12 Mio. Euro nach Dortmund. Mit dem Sonderprogramm „Jump plus“ wird die Beschäftigung von jungen Arbeitslosen gefördert, das Gesamtvolumen beträgt knapp 290 Mio. Euro, davon gehen 3,2 Mio. Euro nach Dortmund, weit über 800 Dortmunder Jugendliche nehmen das Angebot war.

Eine Rücknahme der Gesetzgebung durch die rot-grüne Koalition ist im übrigen nicht möglich. Wenn die Gewerkschaften dies fordern, tun sie es wider besseres Wissen: wir haben bekanntlich keine Mehrheit im Bundesrat. Deshalb ist dieses Gesetz wie auch die Gesundheitsreform kein rot-grünes Werk, sondern Ergebnis von zwangsläufig notwendigen Kompromissen. So konnte z.B. der Erhalt der Tarifautonomie, die Union und FDP beseitigen wollten, nur durch z.T. schmerzhaft Zugeständnisse erreicht werden. Es würde sich für eine umfassende politische Bewertung lohnen, sich die Forderungen der anderen Seite genauer anzusehen.

Meine Bewertung des Vermittlungsausschussergebnisses habe ich in einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung öffentlich gemacht, die ich Ihnen beigelegt zur Kenntnis gebe.

Im übrigen ist das gesamte Hartz-Paket die Umsetzung der Empfehlungen der gleichnamigen Kommission, die einstimmig und d.h. auch mit den Stimmen der beteiligten Gewerkschaftsvertreter vorgelegt wurden.

Was die Sorgen der Mietervereine betrifft, Arbeitslose würden auf einen neuen Billigwohnmarkt abgedrängt werden, so sind mir diese bekannt, und ich habe mich deshalb mit der Sozialverwaltung in Dortmund in Verbindung gesetzt und dort erfahren, dass es nicht beabsichtigt ist, Arbeitslosen den Umzug in eine billigere Wohnung nahe zu legen.

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarstädten plane ich im übrigen bereits eine Veranstaltung zur Umsetzung von Hartz IV.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Burchardt

Anlagen:

- Pressemitteilung vom 11. Juni 2004
- Persönliche Erklärung vom 19. Dezember 2003